

Stadt Backnang Sitzungsvorlage	N r . 176/18/GR
---	-----------------------------

Federführendes Amt	Haupt- und Personalamt		
Behandlung	Gremium	Termin	Status
zur Beschlussfassung	Gemeinderat	13.09.2018	öffentlich

Anträge der Fraktionen/Stadträte
 - Wohnraumvermittlung

Beschlussvorschlag:

Die Anträge Nr. 337 und Nr. 418 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Haushaltsrechtliche Deckung	HHSt.:		
Haushaltsansatz:		EUR	EUR
Haushaltsrest:		EUR	EUR
Verpflichtungsermächtigung für Ausgaben im folgenden Jahr:		EUR	EUR
Für Vergaben zur Verfügung:		EUR	EUR
Aufträge erteilt (einschl.vorst.Vergabe):		EUR	EUR
Noch freie Mittel/über bzw. außerplanmäßige Ausgaben:		EUR	EUR

Amtsleiter:	Sichtvermerke:					
29.08.18 Datum/Unterschrift	I	II	III	10	20	
	Kurzzeichen Datum					

 Anträge der Fraktionen/Stadträte	Nr. AN/337/16
	Nr. AN/418/17

Antragsteller	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsdatum	27.04.2017

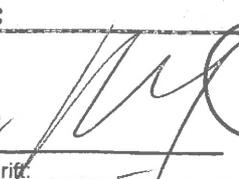
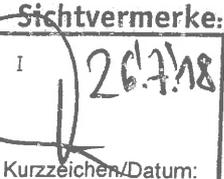
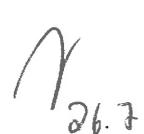
Betreff:

Wohnraumvermittlung

Stellungnahme:

Die Stadt Backnang betreibt eine Kommunale Wohnraumvermittlung für Einheimische, für langjährig ansässige Migranten sowie für Geflüchtete. Zur Aufgabenerfüllung wurde eine Stelle in diesem Bereich um 20% aufgestockt.

In der Backnanger Kreiszeitung wurde am 26.01.2018 ein öffentlicher Aufruf zur Meldung von Wohnraumangeboten veröffentlicht. Auch auf der Homepage der Stadt Backnang wendet sich die Stadtverwaltung an Immobilienbesitzer, mit der Bitte, leerstehenden Wohnraum zu melden. Außerdem wurden in den städtischen Verwaltungsgebäuden entsprechende Broschüren ausgelegt. Der Stadt werden, insbesondere für Wohnraum von Geflüchteten – unabhängig von Zeitungsanzeigen und Homepage-Auftritten – aber auch immer wieder Wohnungen über die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer angeboten. Konkret sind in den vergangenen Monaten 26 Wohnungsangebote eingegangen. Für 16 Geflüchtete und 3 obdachlose einheimische Personen konnte bisher Wohnraum vermittelt werden. Eine weitere Zeitungsanzeige soll nach der Sommerpause geschaltet werden. Das Anschreiben von sämtlichen Haus- und Wohnungseigentümern dagegen – wie im Antrag angeregt – halten wir im Ergebnis bei unverhältnismäßig hohem Aufwand für wenig erfolgsversprechend.

Amtsleiter:	Sichtvermerke:			
 26.7.18 Datum/Unterschrift	I	II	III	10
	 26.7.18 Kurzzeichen/Datum:	 26.7.		27.07. 

Fraktion Christliche Initiative Backnang (CIB)

Gemeinderat 07.12.17

Antrag – Nr.
418
Erledigung oder Zwischenbescheid erbeten bis
<hr/>
über Amt 10 an I

Verteiler:

I

II

III

10

20

Der Oberbürgermeister schickt einen Brief an alle Backnanger Haus- und Wohnungsbesitzer und bittet darum, leer stehende Wohnungen an anerkannte Flüchtlinge und andere Leute, die es brauchen, zu vermieten.

Antrag - Nr.

337

Erledigung oder Zwischenbescheid erbeten bis

13:19

über Amt 10 an I

Hallo Frau Schüler,

nachstehenden Antrag für die GRS am 27.04.2017.

Gruß Mäule

Von: "Wilfried Härtner" [mailto:Willy.Haertner@web.de]

Gesendet: Sonntag, 9. April 2017 11:07

An: Mäule Timo

Betreff: Fw: Idee für Antrag

Hallo Herr Mäule,

wir Grünen beantragen, daß sich die Stadt für eine Vermittlung von Privaten Wohnungen nach dem Modell Leinfelden Echterdingen einsetzt(Siehe Artikel unten).

Grüßle

Dipl.Ing. Willy Härtner
Lichtensteinstraße 31
71522 Backnang
01624136367
Stadtrat BK
Fraktionsvorsitzender der Grünen
Kreisrat RMK
www.willy-haertner.de

Eingbracht am
27.04.2017 GRS

Artikel aus der StZ:

II, 50, 20,

Leinfelden-Echterdingen Das Projekt „LE mietet“ ist gut angelaufen

Von Natalie Kanter 07. April 2017 - 14:00 Uhr

Statt Unterkünfte selbst zu bauen, will die Stadt Leinfelden-Echterdingen lieber Privatwohnungen an Flüchtlinge vermitteln. Und die Bilanz kann sich durchaus sehen lassen. Einen Nachteil gibt es allerdings doch.



Wohnraumvermittlung in Leinfelden-Echterdingen Angebote für Flüchtlinge

Projekt an den Start. Foto: Natalie Kanter

Im Juli 2016 ging das

Leinfelden-Echterdingen - Das städtische Projekt „LE mietet“ ist ein Erfolgsmodell. „Diese Zahlen können sich sehen lassen“, sagte Bürgermeister Carl-Gustav Kalbfell in der jüngsten Gemeinderatssitzung. „Die Idee ist gut und wird auch gut umgesetzt“, erklärte Oberbürgermeister Roland Klenk.

Seit Juli 2016 vermittelt die Stadt zwischen Wohnungseigentümern und Flüchtlingen. Sie fungiert als eine Art Zwischenmieter und schafft so Wohnraum für Zuwanderer. Bis Ende März wurden 14 Mietverträge unterschrieben. 60 Zuwanderer aus Syrien, dem Irak, der Türkei, aus Nigeria und aus Gambia sind so untergebracht worden. Im Laufe des Aprils werden weitere sieben Menschen vier Wohnungen in Stetten beziehen. Die Stadt spart sich so insgesamt den Bau einer kleineren Flüchtlingsunterkunft. „Für diese Menschen müssen wir keine Plätze in der Anschlussunterbringung schaffen“, sagte SPD-Stadträtin Barbara Sinner-Bartels.

Preisvorstellungen einiger Eigentümer jenseits von Gut und Böse

Der Vorteil für die Gebäudebesitzer: Die Stadt knüpft Kontakt zu den Mietern. Sie bietet Hilfe bei der sprachlichen Verständigung an. Der Eigentümer kann sicher sein, dass er die Mieten und Nebenkosten bekommt. Auch für eventuelle Schäden springt die Kommune ein. Größere Probleme mit den Mietern gab es laut Projektleiterin Corinne Belz bisher nicht.

58 Hausbesitzer hatten sich in den vergangenen zehn Monate bei der Mitarbeiterin des Amtes für soziale Dienste gemeldet. 30 Wohnungen wurden besichtigt – aber nicht alle waren geeignet. So müsse beispielsweise die Elektrik in Ordnung sein. „Es müssen Fluchtwege und Feuermelder vorhanden sind“, sagte sie. Außerdem habe die Mietpreisvorstellung mancher Eigentümer „jenseits von Gut und Böse“ gelegen.

Stadt setzt weiter auf Freiwilligkeit

Judith Skudelny (FDP) goss allerdings in der Sitzung Wasser in den Wein. Sie wollte wissen, ob alle Wohnungen vorher längere Zeit leer standen. Denn die Ursprungsidee des Projekts sei gewesen, den Leerstand in der Stadt zu reduzieren. Die Antwort von Belz: Einige Wohnungen waren zuvor an andere sozial Schwache vermietet, die ausgezogen sind.

Claudia Moosmann (Freunde der Filderpiraten) regte an, Besitzer von leer stehenden Häusern gezielt anzusprechen. Dagegen aber sprach sich Bürgermeister Kalbfell deutlich aus: „Wir setzen auf Freiwilligkeit.“ Auch Skudelny hält solche „Drohschreiben“ für falsch. „Wir sollten das Eigentumsrecht hoch halten, damit in unsere Stadt investiert wird.“